



Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 12. Oktober 2010

## N i e d e r s c h r i f t

### über die 23. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages

#### -öffentlicher Teil-

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Montag, 27.09.2010	
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:05 Uhr	
<b>Sitzungsende:</b>	20:34 Uhr	
<b>Ort, Raum:</b>	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal	38300

---

#### Teilnehmerinnen/Teilnehmer

##### Kreistagsvorsitzender

Schäfer, Uwe

##### CDU-Fraktion

Aust, Karl Otto

Bötel, Bernhard

Dinter, Ilona

Großer, Elke

Hasselmann, Rainer

stellv. Landrat

Heinisch, Dirk

Hopert, Horst

Jahn, Ernst-Henning

Koch, Manfred

Lagosky, Uwe

Löhr, Norbert

Lorenz, Dieter

Mühlenkamp, Ralf

Oesterhelweg, Frank

Vorsitzender der CDU  
Kreistagsfraktion

Rautmann, Dirk

Siebert, Britta

von Veltheim, Alexander

Wolf, Hans-Heinrich

##### SPD-Fraktion

Brandes, Katrin

stellv. Landrätin

Ganzauer, Oliver

Hantelmann, Peter

Hausmann, Michael  
Heider, Ute  
Hensel, Falk

Vorsitzender der SPD  
Kreistagsfraktion

Kaatz, Detlef  
Koch, Harald  
Küchler, Helga  
Mohr, Peter  
Oberländer, Peter  
Polzin, Bruno  
Reichenpfader, Bärbel  
Resch-Hoppstock, Sabine  
Rupp-Brunswig, Dr. Heike  
Sandte, Michael  
Vree, Friedhelm  
Wiegel, Heike

### **Bündnis 90 / Die Grünen- Fraktion**

Brücher, Bertold  
Vorsitzender der B 90/ Die  
Grünen Kreistagsfraktion

Fuder, Jochen  
Müller, Jan-Christian

### **FDP- Fraktion**

Försterling, Björn  
Vorsitzender der FDP  
Kreistagsfraktion

### **LINKS**

Kretschmer, Roland

### **Von der Verwaltung**

Röhmann, Jörg  
Klooth, Kathrin  
Schillmann, Claus Jürgen  
Schäffer, Heike  
Landrat  
Dezernentin III  
Dezernent II  
Allgemeine Vertreterin des  
Landrates  
Vogt, Kornelia  
Löb, Susanne  
Kelb, Marco  
Pressesprecherin  
Gleichstellungsbeauftragte  
Protokollführer

### **Es fehlen:**

### **CDU-Fraktion**

Seidenkranz, Gerhard  
Vogler, Birgit  
Wolff, Michael

### **SPD-Fraktion**

Bosse, Marcus  
Deitmar, Reinhard

### **Bündnis 90 / Die Grünen- Fraktion**

Gerndt, Elisabeth

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung (§§ 38 und 42 NLO)
3. Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 26.07.2010
4. Anfragen
  - 4.1. Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)
  - 4.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)
5. Besetzung des Jugendhilfeausschusses; Berufung eines stimmberechtigten Mitgliedes für die Vertreter der Jugendverbände  
Vorlage: XVI-0756/2010
6. Abschlussbericht zum Stadtteilprojekt Auguststadt in der Abteilung 513  
Vorlage: XVI-0757/2010
7. Künftige Aufgabenwahrnehmung der Grundsicherung für Arbeitssuchende im Landkreis Wolfenbüttel  
Vorlage: XVI-0777/2010
  - 7.1. Künftige Aufgabenwahrnehmung der Grundsicherung für Arbeitssuchende im Landkreis Wolfenbüttel  
Vorlage: XVI-0777/2010/1
8. Rückübertragung der in die Betriebe gewerblicher Art (BgA) Kreisvolkshochschule und Musikschule eingelegten Aktien der E.ON AG in den Kernhaushalt des Landkreises Wolfenbüttel  
Vorlage: XVI-0780/2010
9. Herabsetzung des Stammkapitals der Betriebe gewerblicher Art (BgA) Kreisvolkshochschule und Musikschule  
Vorlage: XVI-0781/2010
10. Interkommunale Zusammenarbeit  
Vorlage: XVI-0788/2010
11. Wirtschaftsplan 2011 für die Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel (WLW)  
Vorlage: XVI-0787/2010
12. Festlegung von Oberzielen für das Jahr 2011  
Vorlage: XVI-0739/2010-1
13. Antrag des Kreistagsabgeordneten Roland Kretschmer  
Vorlage: XVI-0801/2010

14. Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst für 2010  
Vorlage: XVI-0789/2010
  15. Einbringung des Haushaltes 2011
  16. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)
- 

## **Öffentliche Sitzung**

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Schäfer eröffnet um 18.05 Uhr die 23. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages und heißt die Erschienenen herzlich willkommen.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung (§§ 38 und 42 NLO)**

Vorsitzender Schäfer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

KAbg. Kretschmer beantragt die Aufnahme des als Anlage 1 beigefügten "Prüfantrages für eine Busverbindung zwischen Mattierzoll und Hessen" und weist darauf hin, dass er den Antrag fristgemäß an den Landrat gerichtet habe.

Landrat Röhmann entgegnet, dass der Kreistag in der Angelegenheit unzuständig sei. Er habe dem KAbg. Kretschmer sowie den Kreistagsfraktionsvorsitzenden vorgeschlagen, dass das Begehren ohne Befassung durch den Kreistag verwaltungsseitig an den zuständigen Zweckverband Großraum Braunschweig weitergeleitet werde. Der Sprecher schlägt dem KAbg. Kretschmer vor, sein Anliegen wie vereinbart als Anfrage beim Tagesordnungspunkt "Anfrage von Kreistagsabgeordneten" vorzutragen.

KAbg. Kretschmer entgegnet, dass es wichtig sei, über den Antrag abzustimmen. Es reiche jedoch auch aus, wenn die Fraktionsvorsitzenden ein zustimmendes Signal gäben.

KAbg. Hense unterstützt die Forderung nach einer Busverbindung zwischen Hessen und Mattierzoll.

KAbg. Oesterhelweg plädiert für eine Nichtbefassung in der Angelegenheit.

KAbg. Jahn äußert, dass er einer Weiterleitung des Anliegens an den zuständigen Zweckverband Großraum Braunschweig unterstützen könne. Mangels Kenntnis des Antrages und mangels eines Finanzierungsvorschlages werde er sich jedoch inhaltlich derzeit nicht positionieren.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

### **Beschluss:**

Die Tagesordnung wird genehmigt.

### **TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 26.07.2010**

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

#### **Beschluss:**

Die Niederschrift über die 22. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 26.07.2010 wird genehmigt.

### **TOP 4 Anfragen**

#### **TOP 4.1 Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)**

Einwohner Reimer stellt dar, dass der Landkreis Wolfenbüttel das Kindergeld für behinderte Kinder seit dem Monat Mai des Jahres 2010 rechtswidrig auf deren Grundsicherungsanspruch anrechne. Im Landkreis Goslar und den Städten Salzgitter und Braunschweig erfolge diese Anrechnung indes nicht. Der Sprecher habe im Juni 2010 eine diesbezügliche schriftliche Anfrage an den Landkreis Wolfenbüttel gerichtet und bislang keine Antwort erhalten. Er fragt, wie der Kreistag diesen Sachverhalt beurteile.

Landrat Röhmann antwortet, dass Volljährige unter bestimmten Bedingungen Kindergeld erhalten. Soweit gleichsam ein Grundsicherungsanspruch bestehe, sei der Landkreis Wolfenbüttel aus rechtlichen Gründen verpflichtet zu prüfen, das Kindergeld auf die Grundsicherung anzurechnen, die sich somit entsprechend vermindere. Ausnahmen hiervon seien zulässig, soweit sich die Kindeseltern über das übliche Maß hinaus für das Kind engagierten. Um einen möglichen Ausnahmetatbestand festzustellen würden diesbezügliche Gespräche mit den Grundsicherungsempfängern geführt. Erst dann könne auf die Anrechnung verzichtet werden. Landrat Röhmann entschuldigt sich, dass die schriftliche Anfrage des Einwohners Reimer noch nicht beantwortet worden sei und sichere ihm einen persönlichen Gesprächstermin zu. Über das Ergebnis des Gespräches werde er die Presse informieren.

#### **TOP 4.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)**

KAbg. M.Koch zitiert aus einem Artikel der Braunschweiger Zeitung vom 25.09.2010 nach dem Landrat Röhmann etwaige Schadensersatzansprüche gegen die Bundesagentur für Arbeit geltend machen wolle, soweit wegen einer verzögerten Entscheidung bezüglich der Unterbringung der Arge zusätzliche Kosten entstünden. Er fragt, wie eine Schadensersatzforderung begründet werde könne obwohl erst in der laufenden Sitzung des Kreistages eine Entscheidung über die künftige Organisationsform zur Wahrnehmung der Aufgabe Grundsicherung für Arbeitssuchende im Landkreis Wolfenbüttel getroffen werde.

Landrat Röhmann antwortet, dass die Unterbringung der derzeitigen Arge unabhängig von der künftigen Organisationsform geregelt werden könne. Hätte der Landkreis Wolfenbüttel die Federführung in dieser Fragestellung gehabt, hätte ebenjene bereits abschließend entschieden sein können, da der Landkreis weniger strenge Rahmenvorgaben bei der Bereitstellung einer Unterbringung erfüllen müsse als die Bundesagentur für Arbeit. Die Wiedergabe in der

Braunschweiger Zeitung, er wolle gegenüber der Bundesagentur für Arbeit Schadensersatzansprüche geltend machen, sei unzutreffend.

KAbg. Brücher fragt, wann mit einer Vorlage für ein neues Radwegekonzept zu rechnen sei. Schließlich habe der Kreistag dem Landrat im Dezember 2009 einen entsprechenden Auftrag erteilt.

Landrat Röhmann antwortet, dass dem Ausschuss Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit noch in der laufenden Wahlperiode ein entsprechender Entwurf eines Radwegekonzeptes vorgelegt werde.

KAbg. Müller weist darauf hin, dass der Kreistag im Dezember 2009 beschlossen habe, jährlich über eine etwaige Bezuschussung der Projekt Region Braunschweig GmbH zu befinden. Er fragt, wann die Angelegenheit beraten und in welcher Form hierzu berichtet werde.

Anmerkung der Verwaltung:

*Eine den Inhalt der Anfrage des KAbg. Müller aufgreifende Vorlage wird dem Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten für dessen Sitzung am 03.11.2010 vorgelegt werden.*

KAbg. Großer merkt an, dass Einwohner Reimer den Landrat bereits in der konstituierenden Sitzung des Behindertenbeirates mit seiner unter TOP 4.1 vorgetragenen Anfrage konfrontiert habe. Der Landrat habe in der Sitzung des Behindertenbeirates zugesagt, sich der Angelegenheit anzunehmen. Sie fragt, warum dies bislang nicht erfolgt sei.

Landrat Röhmann sagt eine kurzfristige Klärung des Sachverhaltes zu.

KAbg. Lühr fragt, ob der Landkreis Wolfenbüttel im Rahmen des Raumordnungsverfahrens bezüglich der 380kV-Höchstspannungsverbindung Wahle-Mecklar eine Stellungnahme abgegeben habe und wie sich deren Inhalt darstelle.

*Die Stellungnahme des Landkreises zur 380kV-Höchstspannungsverbindung Wahle-Mecklar ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.*

KAbg. Wolf fragt, inwiefern der Landkreis Wolfenbüttel von den Planungen des Zweckverbandes Großraum Braunschweig zur Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergieanlagen betroffen sei und inwiefern der Landkreis Wolfenbüttel hierzu eine entsprechende Stellungnahme abgegeben habe.

Landrat Röhmann weist darauf hin, dass die den Zweckverband Großraum Braunschweig betreffenden Angelegenheiten auch im Kreistag intensiver diskutiert werden sollten. Hier könnten insbesondere die vom Kreistag entsandten Mitglieder der Zweckverbandsversammlung einen wichtigen Beitrag leisten. Sie seien zudem aufgefordert, die Interessen des Landkreises Wolfenbüttel in der Zweckverbandsversammlung zu vertreten. Bezüglich der laufenden raumordnerischen Planungen bzw. Prüfungen hinsichtlich von Vorranggebieten für Windenergieanlagen werde er in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit berichten.

KAbg. Oesterhelweg fragt, ob der Landrat der Meinung sei, dass die vom Kreistag entsandten Mitglieder der Zweckverbandsversammlung die Interessen des Landkreises Wolfenbüttel nicht in ausreichendem Maße verträten. Ferner empfehle er bei der Abgabe wichtiger Stellungnahmen, wie jene zur 380kV-Höchstspannungsleitung, die Kreistagsfraktionen einzubinden. Der Sprecher fragt zudem, ob der Landkreis Wolfenbüttel selbst die Errichtung von Windenergieanlagen bestrebe.

Landrat Röhmann antwortet, dass er die Mitglieder der Zweckverbandsversammlung in ihrem Wirken bestärken wolle. Gleichwohl sei es erstrebenswert, entsprechende Angelegenheiten auch im Kreistag intensiver zu beraten. Eine Errichtung von Windenergieanlagen durch den Landkreis Wolfenbüttel sei

im Werksausschuss der Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel diskutiert worden. Dieses Vorhaben sei derzeit jedoch nicht umsetzbar.

**TOP 5 Besetzung des Jugendhilfeausschusses; Berufung eines stimmberechtigten Mitgliedes für die Vertreter der Jugendverbände  
Vorlage: XVI-0756/2010**

KAbg. Oberländer erläutert die Vorlage Nr. XVI-0756/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Der Kreistag benennt auf Vorschlag des Kreisjugendrings Wolfenbüttel e. V. Herrn Dirk Enzenbach, Nordstraße 25 in 38162 Weddel zum stimmberechtigten Mitglied des Jugendhilfeausschusses.

**TOP 6 Abschlussbericht zum Stadtteilprojekt Auguststadt in der Abteilung 513  
Vorlage: XVI-0757/2010**

KAbg. Oberländer erläutert die Vorlage Nr. XVI-0757/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

- 1.) Der erfolgreiche Verlauf des Projektes "Auguststadt" wird festgestellt.
- 2.) Das Projekt gilt als abgeschlossen.
- 3.) Die Aufgaben werden in den Regelbetrieb übernommen.
- 4.) Der Landrat wird beauftragt, ab 1. Oktober 2010 den Regelbetrieb sicherzustellen.
- 5.) Der Landrat wird beauftragt, bei der Haushaltsplanung 2011 die entsprechenden Sachmittel (40.000 €) und Personalmittel ( 30.000 €) zur Sicherstellung des Regelbetriebs einzuplanen.

**TOP 7 Künftige Aufgabenwahrnehmung der Grundsicherung für Arbeitssuchende im Landkreis Wolfenbüttel  
Vorlage: XVI-0777/2010**

KAbg. Großer erläutert die Vorlagen Nr. XVI-0777/2010 und Nr. XVI-0777/2010/1.

KAbg. Großer berichtet, dass ein Grundsicherungsantrag über einen Umfang von 52 Seiten verfüge. Jeder derzeitige Lebensunterhaltsempfänger müsse einen solchen Antrag abermals ausfüllen, soweit sich der Kreistag für das Optionsmodell entscheide. Dieser Antrag müsse alsdann von den Mitarbeitern bearbeitet werden. Hierdurch entstünde für Mitarbeiter und Grundsicherungsempfänger

ein erheblicher Aufwand. Zudem müsse bei der Wahl des Optionsmodells mit Anlaufschwierigkeiten gerechnet werden. So hätten auch kurz nach Gründung der Arge Wolfenbüttel im Jahr 2005 Beschwerden vorgelegen, dass das Personal der Arge nicht ausreichend qualifiziert gewesen seien, eine hohe Personalfuktuation bestanden habe und darüber hinaus zu hohe Fallzahlen je Mitarbeiter kalkuliert gewesen seien. Zwar würden kontinuierliche Anstrengungen unternommen, diese Mängel abzustellen, entscheidend sei jedoch, dass durch den Beschluss einer gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung mit der Bundesagentur für Arbeit die Arbeitsverträge der befristet Beschäftigten Mitarbeiter der Arge entfristet werden könnten und infolgedessen eine Verbesserung der Mitarbeitermotivation eintreten würde. Wichtig sei ferner, dass die Vernetzung eines Job-Centers mit der Bundesagentur für Arbeit und der örtlichen Wirtschaft besser sei als die einer Optionskommune. Über den Beirat eines Job-Centers könne der Kreistag unmittelbar Einfluss auf dessen Steuerung nehmen und somit die Beseitigung der bestehenden Mängel vorantreiben.

KAbg. Brücher entgegnet, dass die Einflussmöglichkeiten des Kreistages in einer Optionskommune deutlich höher seien als jene bezüglich eines Job-Centers. Bei Wahl des Optionsmodells wäre die Organisationseinheit zur Aufgabenwahrnehmung der Grundsicherung für Arbeitsuchende Teil der Landkreisverwaltung. Die Zukunft der Mitarbeiter wäre in diesem Falle gesichert. Die zentrale Aufgabe nach dem Sozialgesetzbuch II sei es, Menschen für eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren und zu vermitteln. KAbg. Brücher äußert, dass die Erfüllung dieser Aufgabe schwierig sei und es daher wichtig sei, dass der Kreistag bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe unmittelbar gestalten könne und direkte Informationen über die Aufgabenerledigung erhalte. Um diese Steuerungsmöglichkeiten zu gewinnen und um für den Qualifizierungsauftrag hilfreiche Verknüpfungen, z.B. zum Eigenbetrieb Bildungszentrum, herzustellen, müsse sich der Landkreis Wolfenbüttel für das Optionsmodell entscheiden. Eine mittelbare Einflussnahme über einen Job-Center-Beirat reiche nicht aus.

KAbg. Resch-Hoppstock merkt an, dass der Kreistag vor einer schwierigen Entscheidung stehe. Sowohl das Optionsmodell als auch die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung verfügten über positive Eigenschaften. Für die Einrichtung eines Job-Centers sprächen jedoch insbesondere die guten Erfahrungen, die der Landkreis mit der Arge als gemeinsame Einrichtung gemacht habe. Auch die Möglichkeiten der Arbeitsvermittlung seien in einer gemeinsamen Einrichtung zahlreicher, da ein Job-Center auf übergeordnete Instrumente und Strukturen der Bundesagentur für Arbeit zurückgreifen könne. Die SPD-Fraktion spreche sich daher für eine weiterhin gemeinsame Aufgabenwahrnehmung aus. Damit werde sie auch der Forderung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft gerecht.

KAbg. Kretschmer weist darauf hin, dass in der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit die zahlreichen Vorteile einer Optionskommune umfassend dargestellt worden seien. Der einzige Vorteil eines Job-Centers sei indes die theoretisch bessere überregionale Vernetzung mit der Bundesagentur für Arbeit. Dieses Argument könne die zahlreichen für eine Option bestehenden Argumente indes nicht überwiegen. Er glaube zudem nicht, dass die Personalfuktuation in einem Job-Center geringer sei als die derzeit in der Arge bestehende. Ferner erachte der Sprecher es als absurd, wenn der Landkreis Wolfenbüttel mittels Verzicht auf ein Optionsmodell zunächst auf die Gestaltungsmöglichkeiten einer Optionskommune verzichte und diese alsdann über einen Job-Center-Beirat wieder einfordern wolle.

Landrat Röhmann führt aus, dass die Arbeitsabläufe bei einer ausschließlich vom Landkreis gesteuerten Optionskommune besser wären als in einem Job-Center. Jedoch bestehe die Kernaufgabe darin, die Grundsicherungsempfänger für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren und zu vermitteln. Die meisten Arbeitsplätze für die hiesigen Grundsicherungsempfänger könnten jedoch in den Städten Braunschweig und Salzgitter generiert werden. Diese beiden Kommunen hätten ebenfalls nicht optiert. Um eine entsprechende Vernetzung zu erleichtern, empfehle sich die Fortsetzung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung. Zudem würden die Empfänger von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch III aus der Samtgemeinde Baddeckenstedt vom Arbeitsamt Salzgitter und jene aus der Samtgemeinde Schladen vom Arbeitsamt Goslar betreut. Auch hier würde bei der Entscheidung für eine Option ein struktureller Bruch stattfinden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mit 39 Ja- und 4 Nein-Stimmen nachstehenden

**Beschluss:**

Der Landrat wird beauftragt, zur Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende mit der Agentur für Arbeit Braunschweig über die zum 1. Januar 2011 nach § 44 Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) n. F. gesetzlich vorgesehene Bildung einer gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter) zu verhandeln.

**TOP 7.1 Künftige Aufgabenwahrnehmung der Grundsicherung für Arbeitssuchende im Landkreis Wolfenbüttel  
Vorlage: XVI-0777/2010/1**

Ohne Aussprache erfolgt nachstehende

**Kenntnisnahme:**

Von den der Vorlage Nr. XVI-0777/2010/1 beigefügten Stellungnahmen (Anlagen 1 bis 8) wird Kenntnis genommen.

**TOP 8 Rückübertragung der in die Betriebe gewerblicher Art (BgA) Kreisvolkshochschule und Musikschule eingelegten Aktien der E.ON AG in den Kernhaushalt des Landkreises Wolfenbüttel  
Vorlage: XVI-0780/2010**

KAbg. Aust erläutert die Vorlage Nr. XVI-0781/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Der Landrat wird beauftragt, die Rückübertragung der in die Betriebe gewerblicher Art Kreisvolkshochschule und Musikschule eingelegten Aktien der E.ON AG in den Kernhaushalt des Landkreises Wolfenbüttel vorzubereiten und dem Kreistag über den Kreisausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

**TOP 9 Herabsetzung des Stammkapitals der Betriebe gewerblicher Art (BgA) Kreisvolkshochschule und Musikschule  
Vorlage: XVI-0781/2010**

KAbg. Aust erläutert die Vorlage Nr. XVI-781/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei einer Stimmenthaltung nachstehenden

**Beschluss:**

1. Das Stammkapital des Betriebes gewerblicher Art Kreisvolkshochschule wird von bisher 5.112.918,81 Euro um 5.087.918,81 Euro auf 25.000,00 Euro herabgesetzt. Der Betrag von 5.087.918,81 Euro wird in die Kapitalrücklage umgegliedert.
2. Das Stammkapital des Betriebes gewerblicher Art Kreismusikschule wird von bisher 5.112.918,81 Euro um 5.087.918,81 Euro auf 25.000,00 Euro herabgesetzt. Der Betrag von 5.087.918,81 Euro wird in die Kapitalrücklage umgegliedert.

## **TOP 10 Interkommunale Zusammenarbeit** **Vorlage: XVI-0788/2010**

KAbg. Bötzel erläutert die Vorlage Nr. XVI-0788/2010.

KAbg. Oesterhelweg äußert sich enttäuscht über die fehlende Beantwortung der Anfrage seitens zweier kreisangehöriger Gemeinden. Auch die derzeit eher zurückhaltende Position der Stadt Salzgitter zur interkommunalen Zusammenarbeit mit dem Landkreis Wolfenbüttel sei unerfreulich. Er werde dies gegenüber dem Oberbürgermeister Klingebiel thematisieren. Die in der Begründung zur gegenständlichen Vorlage unter Buchstabe g) angeführte abschlägige Antwort des Landrates bezüglich des Auftrages, eine Vorschlagsliste mit Kooperationsmöglichkeiten zwischen kreisangehörigen Kommunen zu erstellen, sei irritierend. Auch die unter Buchstabe h) gegebene Antwort, dass der Landkreis nur dann eine moderierende und koordinierende Rolle bei der Entwicklung interkommunaler Vorhaben zwischen kreisangehörigen Kommunen wahrnehmen wolle, soweit diese dies wünschten, dokumentiere eine zu passive Herangehensweise des Landrates. Auf der Basis der in der Vorlage dargestellten Inhalte werde die CDU-Fraktion das Thema der interkommunalen Zusammenarbeit mithilfe weiterer Anträge forcieren.

KAbg. Hense führt aus, dass sich auch die SPD-Fraktion weiterhin intensiv dem Thema der interkommunalen Zusammenarbeit widmen werde. Die Inhalte der Vorlage Nr. XVI-0788/2010 bezögen sich überwiegend auf interkommunale Kooperationen innerhalb des Landkreisgebietes. Wichtig sei jedoch auch die interkommunale Zusammenarbeit des Landkreises Wolfenbüttel mit anderen Landkreisen oder kreisfreien Städten. Der Sprecher merkt an, dass die Anfrage, welche die Grundlage der zur Beratung stehenden Vorlage gewesen sei, lediglich von den SPD-geführten Samt- bzw. Einheitsgemeinden sowie der Samtgemeinde Sickinge beantwortet worden sei. Das vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport in Auftrag gegebene Gutachten des Prof. Dr. Dr. h.c. Hesse bedauere die vom Kreistag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP abgelehnte interkommunale Zusammenarbeit im Gesundheits- und Veterinärwesen mit dem Landkreis Goslar und der Stadt Salzgitter. Die infolge dieser Ablehnung von der Stadt Salzgitter gekündigte Zweckvereinbarung zum Betrieb eines gemeinsamen Veterinärarnotes führe beim Landkreis Wolfenbüttel zu Einnahmeausfällen in Höhe von rund 100.000 Euro. Daher seien insbesondere die vorgenannten hierfür verantwortlichen Fraktionen verpflichtet, haushaltskonsolidierende Vorschläge zu unterbreiten.

Landrat Röhmann dankt den Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP für deren Antrag, auf dem die Vorlage Nr. XVI-0788/2010 basiere. Er begründet die Antwort zu Buchstabe g) der Begründung zu dieser Vorlage dahingehend, dass der Landkreis zwar die Aufgabe der Kommunalaufsicht gegenüber den kreisangehörigen Kommunen wahrnehme, hierbei jedoch nicht das kommunale Selbstverwaltungsrecht konterkarieren dürfe. Daher werde er keine Vorgaben bezüglich einer interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den kreisangehörigen Kommunen machen. Wenn jedoch Unterstützung und Hilfe eingefordert werde, dann stehe er hierfür gern zur Verfügung. Hinsichtlich einer koordinierenden und moderierenden Rolle des Landkreises führt der Sprecher aus, dass diese Rolle seitens des Landkreises bereits teilweise wahrgenommen werde. Die kreisangehörigen Kommunen müssten jedoch bekennen, welche Erwartungshaltung sie gegenüber

dem Landkreis hätten. Sicher werde nicht erwartet, dass der Landkreis die Aufgaben der Kommunen übernehme. Landrat Röhmann bringt zum Ausdruck, dass er eher eine weitere Kommunalisierung von Aufgaben favorisiere.

KAbg. Müller fragt, warum der Landkreis Wolfenbüttel im Rahmen der Genehmigung von kommunalen Haushalten Vorgaben mache, mit welchen Kommunen Fusionsverhandlungen zu führen seien. Dies widerspreche den vorstehenden Ausführungen des Landrates.

Landrat Röhmann antwortet, dass der Landkreis Wolfenbüttel im Rahmen von Haushaltsgenehmigungen lediglich dazu geraten habe, an den im Rahmen des niedersächsischen Zukunftsvertrag bereitgestellten Entschuldungshilfen zu partizipieren.

KAbg. Oesterhelweg stellt klar, dass er nicht gefordert habe, dass der Landkreis Wolfenbüttel als Kommunalaufsicht gegenüber den kreisangehörigen Kommunen Vorgaben machen solle, selbige zur interkommunalen Zusammenarbeit anweisen möge oder Aufgaben der kreisangehörigen Kommunen übernehmen solle. Jedoch sollten Vorschläge etwaiger Kooperationsmöglichkeiten gesammelt und entsprechende Verhandlungen durch den Landrat moderiert und stellenweise koordiniert werden. Dies sei auch der sich aus dem Beschluss des Kreistages ergebende Auftrag an den Landrat gewesen, welcher diesen nicht erfüllt habe.

Landrat Röhmann entgegnet, dass der Landkreis Wolfenbüttel seine kreisangehörigen Kommunen nicht mittels einer Vorschlagsliste bevormunden sollte. Soweit eine interkommunale Zusammenarbeit gewünscht sei, stehe der Landrat zur Moderation gern zur Verfügung.

KAbg. Heider ergänzt, dass die Mandatsträger der kreisangehörigen Kommunen fähig und tätig seien, Ideen für haushaltskonsolidierende Maßnahmen oder interkommunale Kooperationen zu entwickeln. Einer Vorschlagsliste des Landkreises bedürfe es hierfür nicht. Eine solche würde vielmehr als Überheblichkeit des Landkreises wahrgenommen. Soweit von diesem eine koordinierende und moderierende Rolle gewünscht werde, würden die Kommunen eine solche im Einzelfall nachfragen. Ein generelles Moderations- und Koordinationsangebot des Landkreises sei daher nicht erforderlich.

Ohne weitere Aussprache erfolgt nachstehende

#### **Kenntnisnahme:**

Der Bericht über den Beschluss des Kreistages vom 26.04.2010 hinsichtlich interkommunaler Zusammenarbeit wird wie er sich aus der Vorlage Nr. XVI-0788/2010 nebst Anlagen ergibt zur Kenntnis genommen.

#### **TOP 11    Wirtschaftsplan 2011 für die Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel (WLW) Vorlage: XVI-0787/2010**

KAbg. Polzin erläutert die Vorlage Nr. XVI-0787/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei einer Stimmenthaltung nachstehenden

#### **Beschluss:**

Bei Streichung der Oberziele sowie Verzicht auf die Einrichtung von 2 zusätzlichen Stellen in der Stellenübersicht ergeht folgender Beschluss:

- 1.) Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2011 wird
- |                      |                          |              |
|----------------------|--------------------------|--------------|
| im Erfolgsplan mit   | Erträgen in Höhe von     | 18.796.600 € |
|                      | Aufwendungen in Höhe von | 18.572.700 € |
| im Vermögensplan mit | Einnahmen in Höhe von    | 6.637.000 €  |
|                      | Ausgaben in Höhe von     | 6.637.000 €  |
- festgesetzt.
- 2.) Im Vermögensplan werden Kredite für Investitionen nicht veranschlagt.
- 3.) Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan wird auf festgesetzt. 2.019.900 €
- 4.) Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Wirtschaftsjahr 2011 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben durch die Sonderkasse der Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf festgesetzt. 400.000 €

## **TOP 12 Festlegung von Oberzielen für das Jahr 2011 Vorlage: XVI-0739/2010-1**

Landrat Röhmann erläutert die Vorlage Nr. XVI-0739/2010-1. Er schlägt vor, die Messinstrumente zum Oberziel 2 dergestalt zu ändern, dass die bisherige Form durch nachstehende den aktuellen Erkenntnissen entsprechende Formulierung ersetzt werde:

"Die Messinstrumente werden entsprechend der Höhe der im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 geplanten Defizite (Ansätze 2011 und mittelfristige Finanzplanung) festgelegt."

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen nachstehenden

### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt unter Berücksichtigung der nachstehenden Änderung die in der Anlage zur Niederschrift über die 3. Sitzung des Ausschusses Steuerungsgruppe benannten Oberziele, die für das Verwaltungshandeln und die Beratungen des Kreistages leitend sein sollen.

Änderung gegenüber der Anlage zur Niederschrift über die 3. Sitzung des Ausschusses Steuerungsgruppe betreffs des Messinstrumentes zu Oberziel 2:

"Die Messinstrumente werden entsprechend der Höhe der im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 geplanten Defizite (Ansätze 2011 und mittelfristige Finanzplanung) festgelegt."

## **TOP 13 Antrag des Kreistagsabgeordneten Roland Kretschmer Vorlage: XVI-0801/2010**

Vorsitzender Schäfer erläutert die Vorlage Nr. XVI-0801/2010.

Landrat Röhmann kündigt an, dass die Niederschriften über die 29. Sitzung des Kreisausschusses des XVI. gewählten Kreistages und über die 23. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages nochmals an alle Mitglieder des Kreistages in schriftlicher Form versandt würden.

KAbg. Kaatz bittet um Bereitstellung einer geänderten Einverständniserklärung.

Anmerkung der Verwaltung:

*Aus § 2 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung ergibt sich, dass den elektronisch zu ladenden Kreistagsmitgliedern die Sitzungsvorlagen über das Kreistagsinformationssystem und nicht mehr in schriftlicher Form zugestellt werden. Somit ist dieses Verfahren durch die vorgelegte Einverständniserklärung gedeckt. Zum besseren Verständnis wird jedoch als Anlage 3 eine überarbeitete Einverständniserklärung übersandt. Die bereits eingereichten Einverständniserklärungen behalten ihre Gültigkeit.*

Ohne Aussprache fasst der Kreistag mit 36 Ja-, 3 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen nachstehenden

**Beschluss:**

1. Den Kreistagsmitgliedern wird freigestellt, auf die Zusendung von Einladungen, Vorlagen, Niederschriften usw. in Papierform zu verzichten.
2. Der Landrat wird beauftragt, die Unterlagen im Kreistagsinformationssystem vollständig, d.h. einschließlich sämtlicher Anlagen, zur Verfügung zu stellen und die Kreistagsabgeordneten darüber in sinnvollen Abständen zeitnah per eMail zu informieren. Bei sehr großen Dateien (z.B. Haushaltsspläne) kommt der Versand von Datenträgern in Betracht.
3. Die Verwendung tragbarer Computer in Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse wird ausdrücklich erlaubt.
4. Die Geschäftsordnung wird geändert und erhält die dieser Niederschrift als Anlage 4 beigefügte Fassung.

**TOP 14 Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst für 2010  
Vorlage: XVI-0789/2010**

KAbg. Hensel erläutert die Vorlage Nr. XVI-0789/2010.

Auf Nachfrage des KAbg. Försterling erklärt Allgemeine Vertreterin Schäffer, dass die Abkürzung "MZF" für "Mehrzweckfahrzeug" stehe und der in § 2 Abs. 1 des Vereinbarungsentwurfes dargestellte Zeitraum 01.10.2010 bis 31.12.2010 sich daraus ergebe, dass die Erhebung der Entgelte in der festgesetzten Höhe erst mit Eintritt der Wirksamkeit der Vereinbarung erfolgen könne. Diese Entgelthöhe gelte alsdann jedoch bis zum Beschluss einer neuen Vereinbarung fort.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Der Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst für den Rettungsdienstbereich des Landkreises Wolfenbüttel für das Jahr 2010, wie sie sich in ihrem Wortlaut aus der Anlage zur Vorlage Nr. XVI- 0789/2010 ergibt, wird zugestimmt.

## **TOP 15 Einbringung des Haushaltes 2011**

Landrat Röhmann präsentiert die Eckdaten des Haushaltsplanentwurfes für das Haushaltsjahr 2011.

*Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.*

## **TOP 16 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)**

Landrat Röhmann berichtet, dass der Vorsitzende des zuständigen Bundestagsausschusses dem Landkreis Wolfenbüttel ein Antwortschreiben bezüglich der Resolution zur Optimierung des kommunalen Planungsrechts für landwirtschaftlich-gewerbliche Anlagen im Außenbereich zugesandt habe.

*Das Schreiben ist dieser Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.*

Landrat Röhmann berichtet, dass infolge des Spendenaufrufs und der Spendensammlung des Kreistages zugunsten der Flutopfer in Pakistan bislang Spenden in Höhe von 4.100 Euro eingegangen seien. Die Spenden würden der Organisation Shelter Now zur Verfügung gestellt.

Vorsitzender Schäfer schließt den öffentlichen Teil um 20.28 Uhr.